



BÜRGERSCHAFT STATT BARGELD

Kautionsfonds für leistbares Wohnen

1600 Euro im Schnitt: Kautionen für Wohnungen sind für immer mehr Menschen eine unüberwindbare Hürde, obwohl sie sich die Mieten leisten könnten. Die KPÖ denkt nun an einen Kautionsfonds von Stadt, Land und karitativen Organisationen, der eine große Hilfe für Mieter/innen wäre und mehr Sicherheit für Vermieter brächte.

Immer mehr Menschen könnten sich zwar gerade noch eine kleine Wohnung leisten, aber sie scheitern an der Kaution. Durchschnittlich 1.600 Euro macht eine Kaution für eine Wohnung in Graz aus, hat das Team von KPÖ-Wohnungsstadträtin Elke Kahr erhoben. Eine Summe, an der immer mehr Familien scheitern, berichtet die Wohnungsstadträtin von den Problemen derer, die zu ihr ins Büro kommen. Verglichen hat man 600 Wohnungen, die beim Studentischen

Wohnungsservice SWS im Juni dieses Jahres angeboten wurden.

Drei Monatsmieten

Drei Monatsmieten macht die Kaution üblicherweise aus. „Immer häufiger kommen Familien, die um eine Zuzahlung für die Kaution fragen“, so die KPÖ-Wohnungsstadträtin. Eine Alleinerzieherin mit zwei Kindern etwa habe eine günstige Wohnung um 350 Euro Miete gefunden, aber für 1000 Euro Kaution reichte das

Einkommen nicht. Eine Studentin, die beim Jobben rund 550 Euro verdient, konnte die Kaution für eine 265-Euro-Wohnung nicht ohne Hilfe berappen. Ein Alleinverdiener mit 1.300 Euro Einkommen hätte für eine Wohnung um 550 Euro 1.700 Euro Kaution zahlen müssen – zu viel für ihn. Allein 9.000 Euro hat die KPÖ aus ihrem Sozialfonds – er wird von den Politbezügen der KPÖ-Politiker gespeist – im ersten Halbjahr 2007 für Kautionszuzahlungen verwendet.

Hilfe bei Kaution

Die KPÖ hat dafür einen Lösungsvorschlag: Stadt und Land sowie karitative Organisationen sollen einen Kauti-

onsfonds einrichten. Geld wäre nicht viel zu bewegen, denn die Träger übernehmen dabei die Bürgerschaft für die Kaution von sozial bedürftigen Menschen. „Das wäre für die Mieter eine große Erleichterung und für die Vermieter brächte es die Sicherheit von seriösen Bürgern“, meint Elke Kahr.

Der Fonds ließe sich rasch und unbürokratisch einrichten, meint die Wohnungsstadträtin. Und auch das Risiko, dass damit viel Geld aufzuwenden sei, ist gering weil beim Auszug aus der Wohnung das Geld in den Fonds zurückfließt.

Ein entsprechender Antrag wurde in der letzten Sitzung des Gemeinderats vor der Sommerpause eingebracht.

NEUE STADTBEZIRKE Graz vergrößern

Der Speckgürtel mit seinen Einkaufszentren und Betrieben profitiert von der Stadt, trägt aber nichts zu den Kosten bei. Eingemeindung würde Verwaltungskosten massiv senken.

„Die Eingemeindung ist eine gute Idee, die hoffentlich in absehbarer Zeit auch einmal umgesetzt wird.“ Das ist für Stadträtin Elke Kahr der Vorschlag, die Umlandgemeinden mit Graz zusammenzuschließen: „Graz stellt schon jetzt einen großen Teil der Infrastruktur für die Nachbargemeinden. Die Gegenleistungen dafür sind bescheiden. Durch den Wildwuchs an Einkaufszentren und die Zersiedelungen

werden aber im Gegenteil die Wirtschafts-, Verkehrs- und Umweltprobleme im Großraum Graz vergrößert. Nach der Eingemeindung wäre eine bessere Stadtplanung möglich. Auch für den sozialen Wohnbau gäbe es Perspektiven“.

Allerdings sei zu befürchten, dass SPÖ und ÖVP auf Landesebene hier als Bremsen tätig sein werden, weil sie mehr auf ihre Ortskaiser als auf die wirklichen Notwendigkeiten einer sinnvollen Regionalentwicklung im Großraum Graz Rücksicht nehmen.

Es wird geschätzt, dass sich durch das Eingemeinden von 15 Kommunen um Graz 8,7 Millionen Euro pro Jahr bei Politik und Verwaltung einsparen ließen!



Neue Gemeindewohnungen. Am unteren Ende der Raiffeisenstraße entstehen in einer ruhigen Gegend bis Herbst nächsten Jahres 23 neue Gemeindewohnungen. Beim Spatenstich freute sich KPÖ Wohnungsstadträtin Elke Kahr schon jetzt über die neue Anlage, die von der Ennstal/Neue Heimat Wohnbauhilfe als Übertragungswohnbau errichtet wird.

**Rat und Hilfe.
Mieter-Notruf
717108**

www.kpoe-graz.at

